

Radweg auf den Schirmitzbühel – Stadt soll endlich tätig werden!

Nach der endlich erfolgten Sanierung der Schirmitzbühelstraße erneuert die KPÖ ihre Forderung zur Errichtung eines Radweges auf den Schirmitzbühel. Aus der Stadt kommend ist die Anfahrt auf den Schirmitzbühel oft schwierig und gefährlich, da einerseits ein Befahren des Gehsteiges verboten ist, andererseits aber die Enge der Straße beziehungsweise das oft überhöhte Tempo der Autofahrer es Radfahrern unmöglich macht im Notfall auszuweichen. Auch wer aus Richtung Apfelmoar kommt, hat keine passende Möglichkeit, entlang der Schirmitzbühelstraße sicher bis zum Kreisverkehr zu gelangen. Viele Radfahrer nehmen daher teils größere Umwege in Kauf, etwa über die Pötschachgasse und die Carl-Morre-Straße. Von Westen kommend biegt auch so mancher Pedalritter in den Mühlwiesenweg ein, um den Schirmitzbühel quasi einmal zu umrunden, bevor man dann wiederum via Carl-Morre-Straße nach oben gelangt. Dass die Carl-Morre-Straße eigentlich eine Einbahnstraße ist, die man von unten herauf nicht befahren dürfte, stört zwar kaum jemanden, stellt aber trotzdem ein Problem dar. „Es kann nicht sein, dass viele Radfahrerinnen



„Der Reisende“ geht zu Fuß. Aber wo bleibt der Radweg auf den Schirmitzbühel?

und Radfahrer große Umwege in Kauf nehmen müssen, um sicher nach Hause oder in die Arbeit zu gelangen. Und viele Kinder und Jugendliche werden durch das Fehlen eines Radweges an diesen exponierten Stellen auch nicht gerade zum Radfahren ermutigt“ zeigt sich Jakob Matscheko (KPÖ) enttäuscht. Da größere bauliche Veränderungen am Aufwand und den Kosten scheitern zu drohen, schwebt der KPÖ die Markierung und Ausschilderung von Ausweichstrecken für die Radfahrer vor. So könnte man von Westen kommend bei der Kreuzung zur Parschlugerstraße eine Überführung für die Radfahrer ausschildern, um diese

so über die wenig befahrene Anton-Bruckner-Straße umzuleiten. Von Osten kommend könnte man bei der Kreuzung Zöllgrabenweg/Schirmitzbühelstraße ebenfalls eine Umleitung ausschildern, und die Radfahrer dann entweder über die Pötschachgasse und den für KFZ gesperrten Weg durch den Wald in die Brahmngasse, oder alternativ über die Carl-Morre-Straße auf den Schirmitzbühel leiten. Bei letzterer Variante müsste man nur die Einbahn für Radfahrer aufheben, wie das etwa in Bruck bei vielen Straßen der Fall ist. Von der Umsetzbarkeit dieses Konzeptes ist man bei der KPÖ überzeugt: „Nach einem Ge-

Keine Ausreden mehr!

Kommentar
von Jakob
Matscheko



Seit Jahren fordere ich nun schon die Errichtung eines Radweges auf den Schirmitzbühel. Von verschiedenen Stellen wurde mir Unterschiedliches mitgeteilt. Von „ist schon beschlossene Sache“ über „der Hang ist zu steil“ bis zu „geht nicht“ oder „zu teuer“ kamen die Antworten. Jetzt gäbe es aber die Möglichkeit, dieses sinnvolle Projekt unbürokratisch und ohne große Kosten zu verursachen umzusetzen. Die KPÖ hat Vorschläge gemacht, diese stehen zur Diskussion. Ich hoffe, dass die Stadtgemeinde über den Winter die Zeit nutzt, um an einer Verwirklichung zu basteln. Ausreden darf es jetzt wirklich keine mehr geben. Es ist längst an der Zeit, dass diese Lücke im Kapfenberger Radwegenetz geschlossen wird.

meinderatsbeschluss braucht es nur mehr ein paar Kübel Straßenfarbe, ein paar Hinweisschilder und eine entsprechende Ankündigung im Amtsblatt. Ein denkbar kleiner Aufwand mit großer Wirkung!“ gibt sich Matscheko zuversichtlich.

Kapfenberger Gemeinderat einstimmig gegen kleines Glücksspiel

KPÖ-Dringlichkeitsantrag angenommen

KPÖ-Gemeinderat Clemens Perteneder: „Das neue Glücksspielgesetz bringt gravierende Verschlechterungen beim sogenannten Kleinen Glücksspiel, andererseits haben die Bundesländer nun die Möglichkeit, dieses Automatenglücksspiel zu untersagen. Deshalb müssen wir Druck auf die Landesregierung ausüben.“

Spielsüchtige kosten die Gesellschaft durch Therapiekosten und allfälligen Strafvollzug we-

gen Beschaffungskriminalität viel Geld, das verursacht höhere Kosten als durch die Steuereinnahmen hereinkommen.

Die Einnahmen, die das Land durch Abgaben auf Automaten nach dem neuem Gesetz lukrieren kann, sind wesentlich geringer als die Folgekosten der explodierenden Spielsucht. Erst heuer hat eine Gallup-Studie darauf hingewiesen, dass in Österreich immer mehr Menschen dadurch ihre Existenz verlieren.

Die Steiermark ist bei den Automaten trauriger Spitzenreiter, diese Entwicklung darf das Land nicht fördern.

Dem Land Steiermark steht es nach der jetzigen Gesetzeslage frei, auf die Vergabe von Lizenzen für die Betreiber von Glücksspielautomaten zu verzichten. Das gibt dem Land Steiermark die Möglichkeit, dem Beispiel von Salzburg, Tirol und Vorarlberg zu folgen und das „Kleine Glücksspiel“ ab 2015 zu verbieten.

Mit diesem Antrag fordert der Gemeinderat der Stadt Kapfenberg die Landesregierung auf, keine Bewilligungen nach § 5 Glücksspielgesetz zum Betrieb von Glücksspielautomaten zu erteilen.

